



# LANDTAGSPOST

HELMUT DAMMANN-TAMKE

KAI SEEFRIED

Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion

Ausgabe Dezember 2016

## EDITORIAL



Liebe Leserinnen und Leser,

die letzte Plenarwoche des Kalenderjahres 2016 mit den Haushaltsberatungen ist zu Ende gegangen. Der verabschiedete Doppelhaushalt für die Jahre 2017 und 2018 zeigt in eklatanter Weise auf, dass es dieser Landesregierung an Perspektiven und Ideen fehlt, in welche Richtung Niedersachsen entwickelt werden soll. Vor diesem Hintergrund kommt den kommenden 13 Monaten, die durch Wahlkampf geprägt sein werden, eine ganz besondere Bedeutung zu. Wir wählen im September einen neuen deutschen Bundestag und am 14.1.2018 einen neuen Niedersächsischen Landtag. Lassen Sie uns gemeinsam für jeweils starke CDU-geführte Regierungen kämpfen und den Menschen in unserer Heimat den Weg für eine gute Zukunft ebnen. Kai Seefried und ich bauen auf ihre Unterstützung. Ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr 2017 wünschen Ihnen

*H. Dammann-Tamke* und

*Kai Seefried*

## Abitur nach 14 Jahren?

**Landkreis Stade.** 14 Jahre bis zum Abitur? Das kann eigentlich nicht sein! Oder? In Niedersachsen wird es für Schülerinnen und Schüler an Oberschulen, Realschulen, Hauptschulen oder Gesamtschulen, die im nächsten Jahr den 10. Jahrgang ihrer Schule verlassen, möglicherweise genau dazu kommen. Infolge der Umstellung von G8 auf G9, also auf das Abitur nach 13 Jahren, beginnt die dreijährige Oberstufe für Gymnasiasten wieder erst im 11. Jahrgang. Quereinsteiger von anderen Schulformen können 2017 daher nicht in das erste Jahr der Oberstufe wechseln. Dies ist erst ab dem Schuljahr 2018/2019 wieder möglich. „Es ärgert mich, dass bisher immer noch keine verlässliche Lösung für die betroffenen Schülerinnen und Schüler gefunden wurde. Es kann nicht richtig sein, dass diese jetzt das Abitur erst nach 14 Jahren erhalten“, so der CDU-Landtagsabgeordnete Kai Seefried, der auch schulpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion ist. Seefried verweist darauf, dass seine Fraktion bereits in der Beratung der Schulgesetzänderung vor fast 2 Jahren auf dieses Problem hingewiesen hat. „Wir brauchen hier zusätzlich eigene Klassen bzw. Lerngruppen für die betroffenen Schülerinnen und Schüler, um auch ihnen das Abitur nach 13 Jahren an einem allgemeinbildenden Gymnasium zu ermöglichen“, so Seefried. Zusätzlich weist Seefried aber auch darauf hin, dass die betroffenen Schülerinnen und Schüler natürlich nach wie vor die Möglichkeit haben ein berufliches Gymnasium zu besuchen. Hier besteht weiterhin die Möglichkeit das Abitur in 13 Jahren zu erreichen. Mittlerweile ist jetzt aber auch das Kultusministerium bereit, landesweit an ausgewählten Standorten eigene Lerngruppen einzurichten. Auch der Ausschuss für Schule und Bildung des Stader Kreistages hat sich bereits mit dieser Thematik befasst und einstimmig beschlossen, solche Lerngruppen am Vincent-Lübeck-Gymnasium einzurichten. Die einzurichtenden Schulzüge sollen mindestens 54 Schüler/-innen haben. Seefried begrüßt diese Entscheidung ausdrücklich. „Das Vincent-Lübeck-Gymnasium ist gerade auch aufgrund der Lage im Landkreis Stade sehr gut geeignet, ein solches kreisweites Angebot einzurichten“, so Seefried. „Jetzt darf aber auch keine weitere Zeit verloren gehen. Die Schülerinnen und Schüler brauchen jetzt Perspektiven, um den weiteren Bildungsweg zu planen. Die Landesregierung hat hier bereits viel zu viel Zeit vergehen lassen“, kritisiert Seefried das zögerliche Handeln des Landes. Daher hat Seefried sich jetzt auch schriftlich an die Staatssekretärin im Kultusministerium gewandt und bitte dort um Unterstützung und eine schnelle Entscheidung für den Stader Standort. „Wir haben keine Zeit zu verlieren“, so Seefried.



## Dammann-Tamke: Neuer Streit bereits programmiert – CDU enthält sich bei Änderung des Landwirtschaftskammergesetzes

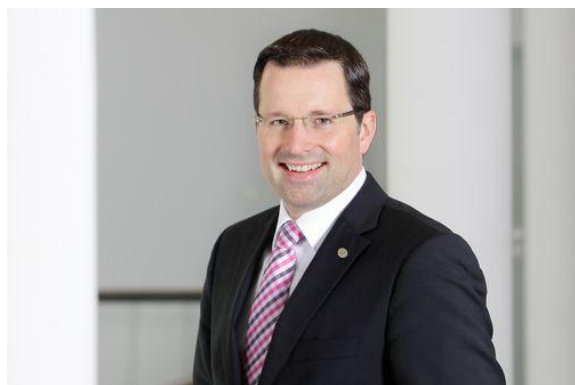


**Hannover.** Zu dem ohne die Stimmen der CDU im Landtag verabschiedeten Entwurf zur Änderung des Landwirtschaftskammergesetzes erklärt der agrarpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Helmut Dammann-Tamke: „Obwohl der Gesetzentwurf für sich genommen eine solide Grundlage über die Aufgaben der Landwirtschaftskammer darstellt, ist er für die CDU nicht zustimmungsfähig. Die Kammer verliert durch die rot-grüne Gesetzesänderung ihre Planungssicherheit. Außerdem ist ihr durch den vom Landwirtschaftsminister vom Zaun gebrochenen Streit über die seit Jahren bewährte Haushaltspraxis ein schwerer Imageschaden zugefügt worden.“

Dass der Katalog der sogenannten Vereinbarungsaufgaben nicht mit der Gesetzesänderung festgelegt sei, bezeichnet Dammann-Tamke als „schweren Konstruktionsfehler“: „Der Streit über die Aufgaben und deren Finanzierung ist damit schon im Ansatz programmiert. Schon heute nimmt die Hausspitze des Ministeriums permanent politischen Einfluss auf die zwischen Arbeitsebene des Landwirtschaftsministeriums und der Kammer vereinbarten Aufgabenzuschnitte und die damit verbundenen Finanzmittel. Die Landwirtschaftskammer droht in Teilen ihre Selbstverwaltung zu verlieren.“ Erschwerend hinzu kommt aus Sicht des CDU-Agrarexperten, dass die Landwirtschaftskammer im Zuge der Debatte um angeblich zu hohe Haushaltsbudgets ihren Ruf als sicherer Arbeitgeber verloren hat. „Die Landwirtschaftskammer ist ein Garant für die Leistungsfähigkeit des Agrarlandes Niedersachsens. Ihre sachgerechte und faire finanzielle Ausstattung sollte daher auch im Interesse von Rot-Grün liegen.“

## Seefried: Nicht nur fördern, sondern auch fordern: Heiligenstadt muss Bund/Länder-Initiative zur Förderung leistungsstarker Schüler vollständig umsetzen

**Hannover.** Der schulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Kai Seefried, hat Kultusministerin Heiligenstadt aufgefordert, die gemeinsame Bund/Länder-Initiative „zur Förderung leistungsstarker und potentiell besonders leistungsfähiger Schülerinnen und Schüler“ in Niedersachsen in vollem Umfang umzusetzen. „Die Initiative weist den richtigen Weg: Gute Bildungspolitik bedeutet nicht nur fördern, sondern auch fordern. Rot-Grün hat bislang auf Bildungsabbau und Leistungsfeindlichkeit gesetzt und Selbstverständlichkeiten in Frage gestellt oder ganz abgeschafft, so zum Beispiel die Noten in der Grundschule, die Schullaufbahnpflicht für die weiterführende Schule und die Verpflichtung für die zweite Fremdsprache im Schuljahrgang 11. Besonders leistungsstarken Gymnasiasten bleibt ein schnellerer Weg zum Abitur in eigenen G8-Lerngruppen verwehrt. Bei der Umsetzung der Bund/Länder-Initiative muss die Kultusministerin nun zeigen, ob sie sich inzwischen völlig vom Leistungsgedanken verabschiedet hat“, sagt Seefried.



Der CDU-Abgeordnete weiter: „Mit inzwischen 90 Kooperationsverbänden zur Hochbegabungsförderung ist die niedersächsische Schullandschaft grundsätzlich gut aufgestellt. Leider hat Rot-Grün bislang keinerlei Ehrgeiz oder Initiativen gezeigt, die vorhandenen Strukturen mit Leben zu füllen. Die Initiative ist eine große Chance, unser bewährtes niedersächsisches Konzept der Begabungsförderung weiterzuentwickeln. Wir sind gespannt, wie die Ministerin das Projekt, das schon im kommenden Schuljahr an Pilotschulen starten soll, angehen und finanzieren wird.“

## Thiele: Noch immer keine Aufklärung – CDU-Fraktion macht SPD-Sponsoring-Affäre zum Thema im Landtag



**Hannover.** Nach Ansicht der CDU-Fraktion hat Wirtschaftsminister Lies noch immer nicht den Verdacht ausgeräumt, wissentlich an einer Sponsoring-Veranstaltung für die SPD teilgenommen zu haben. Auch das am 6. Dezember übermittelte Schreiben der Network Media GmbH lässt wichtige Fragen unbeantwortet. Aus diesem Grund macht die CDU-Fraktion die SPD-Sponsoring-Affäre zum Thema im Landtag. Der CDU-Landtagsabgeordnete Ulf Thiele hatte den Ministerpräsidenten bereits am 25. November aufgefordert, die Umstände der Teilnahme von Wirtschaftsminister Lies an dem von der E.On-Tochter Hansewerk AG gesponserten Vorwärts-Gespräch restlos aufzuklären. „Es steht

noch immer der Verdacht im Raum, dass Minister Lies bereits im Vorfeld über den Charakter der Veranstaltung Bescheid wusste“, so Thiele.

Minister Lies habe zwar im November-Plenum eine vorbehaltlose Aufklärung der Sponsoring-Affäre versprochen, viel sei von diesem Vorsatz aber nicht übrig geblieben. „Offensichtlich ist Herr Lies nicht einmal willens oder in der Lage, die SPD-Vermittlungsagentur dazu zu bewegen, vollumfänglich über diese Veranstaltung zu berichten“, sagt Thiele. „Das Schreiben der Network Media GmbH lässt immer noch die Frage offen, wann das Ministerium erstmals über mögliche Unterstützer informiert wurde und wie häufig das Ministerbüro versäumte, diese Informationen weiterzugeben. Außerdem fehlen in den bisher durch Minister Lies veröffentlichten Unterlagen alle Vermerke und Notizen, die außerhalb des Email-Verkehrs zwischen Vermittlungsagentur, Vorwärts-Verlag und Ministerbüro erstellt worden sein müssten. Der Minister gaukelt Transparenz vor, hält aber Akten und Informationen zurück. Das macht uns misstrauisch. Wir wollen wissen, wie die Landesregierung die SPD-Sponsoring-Affäre bewertet und ob Minister Lies umfassend und vollständig über seinen Auftritt bei dem Vorwärts-Gespräch informiert hat.“ Die CDU-Fraktion hat eine entsprechende Anfrage auf den Weg gebracht.

## Jens Nacke und Stefan Birkner: Zwischenbericht zum Safia-Komplex belegt: Safia-Attentat hätte verhindert werden können

**Hannover.** Das Messerattentat von Safia S. auf einen Bundespolizisten vom 26. Februar 2016 hätte von den niedersächsischen Sicherheitsbehörden verhindert werden können und müssen. So lautet das Fazit des Zwischenberichts von CDU und FDP zum Safia-Komplex im Rahmen des Islamismus-Untersuchungsausschusses. CDU-Obmann Jens Nacke erklärt dazu: „Der Untersuchungsausschuss hat eine besorgniserregende Kette an Fehlern und Versäumnissen bei der Terrorabwehr aufgedeckt, die bei Verfassungsschutz und Polizei sowie auf der politischen Leitungsebene begangen wurden. Der Umgang mit islamistischen Gefährdern war absolut unzureichend, wie die unterbliebene Umfeldabklärung bei Ahmed A. und Mohamad K. zeigt. Dieser schwere Fehler wiederholte sich nach der Rückkehr von Safia S. aus der Türkei, wo sie den Attentatsauftrag von IS-Vertretern erhielt. Hätten die Sicherheitsbehörden in nur einem dieser drei Fälle eine Umfeldaufklärung durchgeführt, wäre die Verbindung zwischen den drei Personen aufgefallen. Angesichts der Hinweise aus dem familiären und schulischen Umfeld auf eine Radikalisierung von Safia S., hätten die Sicherheitsbehörden operativ tätig werden müssen. Dann hätten sie die Ankündigung einer ‚Märtyrer-Tat‘ und das vor der Tat versandte Bekennervideo entdeckt. Innenminister und Verfassungsschutzpräsidentin müssen endlich einsehen, dass auch minderjährige Extremisten Terrorakte begehen können und deshalb bei entsprechenden Hinweisen wie etwa im Fall Safia vom Verfassungsschutz aufgeklärt werden müssen.“

FDP-Obmann Stefan Birkner sagt: „Auch, wenn der Untersuchungsausschuss noch lange nicht abgeschlossen ist, sind zwei Dinge jetzt schon klar: Im Fall Safia S. ist es zu zahlreichen Pannen gekommen, denen strukturelle Defizite zugrunde liegen und es herrschte wegen des Alters des Mädchens eine tiefe Verunsicherung bei den Sicherheitsbehörden, wie mit ihr umzugehen sei. Diese Verunsicherung hatte ihren Ursprung darin, dass die Speicherung und enge Überwachung Minderjähriger politisch nicht gewollt war. Beide Umstände haben am Ende dazu geführt, dass Safia S. das Attentat auf den Bundespolizisten verüben konnte.“



## Thümmler: Landesregierung muss beim Breitbandausbau endlich aktiver werden



**Hannover.** Der CDU-Fraktionsvorsitzende Björn Thümmler begrüßt die Ankündigung des Energiekonzerns EWE, in den kommenden zehn Jahren über eine Milliarde Euro für den Glasfaserausbau im Nordwesten Niedersachsens bereitzustellen. Gleichsam kritisierte er die „immer noch unzureichenden Bemühungen“ der rot-grünen Landesregierung bei der flächendeckenden Breitbandversorgung. „Niedersachsen darf sich beim Aufbau der digitalen Infrastruktur nicht allein auf privatwirtschaftliche Initiativen verlassen, sondern muss endlich selbst aktiver werden. Noch immer nimmt Niedersachsen im Vergleich zu anderen Bundesländern kaum eigenes Geld in die Hand, um die Bevölkerung mit ausreichenden Netzkapazitäten zu versorgen.“

Auch die einzelnen Förder-Bandbreiten mit zum Teil nur 6 Mbit wirken nach Thümmlers Ansicht geradezu nostalgisch im Zeitalter von Hochgeschwindigkeitsnetzen: „Die Mindestgeschwindigkeit muss heute schneller als 30 bis 50 Mbit sein – Experten halten 100 Mbit im Moment für die mindestens relevante Größe. Tatsächlich sollten wir aber den Einstieg in das Gigabit-Zeitalter vorantreiben.“

„Schnelles Internet muss auch in Niedersachsen so selbstverständlich sein wie Gas, Wasser und Strom. Für Unternehmen ist moderne Breitband-Infrastruktur eine Frage der Wettbewerbsfähigkeit. Für die Menschen gerade in ländlichen Gebieten ist der Zugang zum hochbitratigen Internet gleichbedeutend mit der Teilhabe an der Informationsgesellschaft und schlichtweg ein Stück Lebensqualität“, sagt der CDU-Fraktionschef, der für Niedersachsen schnelles Internet „bis zur letzten Milchkanne“ will.

## Nacke: Ignorant und unvorbereitet – Innenminister Pistorius mit Islamismus-Bekämpfung nicht vertraut

**Hannover.** Angesichts der Befragung von Innenminister Pistorius vor dem Islamismus-Untersuchungsausschuss sagt CDU-Obmann Jens Nacke: „Der Innenminister gibt ein ausgesprochen schwaches Bild ab. Anstatt sich konkret zum Untersuchungsgegenstand einzulassen, hat er ein ausschweifendes Referat gehalten, unter der Überschrift: ‚Was ich schon immer mal zum Islamismus sagen wollte.‘ Mit Details zum Fall Safia S. und der hannoverschen Terrorzelle ist er offensichtlich nicht vertraut. Der Innenminister hat sich augenscheinlich weder eingehend mit dem ersten islamistischen Attentat in Deutschland mit IS-Bezug – dem Messerangriff von Safia S. – noch mit der Vorbereitung auf diese Ausschusssitzung befasst. Nicht nur hinsichtlich des Sicherheitsempfindens der Bürger ist diese Ignoranz eines Innenministers ungläublich.“



Nacke weiter: „Der Innenminister hat konkrete Fragen nach behördlichen Zuständigkeiten in der Terrorabwehr und getroffene Maßnahmen im Zuge der Islamismusbekämpfung mehrfach als Kleinkram abgetan, um den er sich offenbar nicht kümmern wolle. Mit dieser Haltung verunsichert er ein ganzes Ministerium und stellt ein Sicherheitsrisiko für das Land dar.“

Dass es eine politische Einflussnahme auf den Umgang der Sicherheitsbehörden mit potentiellen terroristischen Gefährdern gegeben habe, legten die dem Landtag vorliegenden Akten nahe. „Es gab vor dem Safia-Attentat offenbar im Verfassungsschutz die Anweisung, jugendliche Extremisten unter 16 Jahren nicht mehr vom Verfassungsschutz speichern zu lassen, obwohl die Gesetzeslage die Möglichkeit einer Erfassung ausdrücklich vorsah. Wenn der Innenminister die Existenz einer entsprechenden Direktive verneint, heißt das wiederum, dass er nicht weiß, was in seiner Behörde vor sich geht. Beides ist schlimm.“

## Schüler als Reporter im Niedersächsischen Landtag



**Stade.** Interessierte Schüler aus ganz Niedersachsen können sich als Reporter für das Projekt „n21“ bewerben. Darauf weisen die CDU-Landtagsabgeordneten Kai Seefried und Helmut Dammann-Tamke hin. „Das Projekt „n21“ ist eine hervorragende Gelegenheit, um einmal hautnah die Arbeit des Landtages mitzuerleben“, so Seefried und Dammann-Tamke.

Seit dem Jahr 2003 können Schülergruppen aus Niedersachsen im Rahmen von „n21“ über die Plenumstage im Niedersächsischen Landtag berichten. Ein Redaktionsteam aus vier Schüler/innen (ab 10. Jahrgangsstufe) zusammen mit einer betreuenden Lehrkraft greift dabei die aktuellen Themen der Plenarsitzungen auf, interviewt Landespolitiker und präsentiert seine Nachrichten sofort online.

Internetanschluss, Notebooks und mobile Aufnahmegeräte werden in einem eigenen Redaktionsraum zur Verfügung gestellt. n-21 trägt Fahrtkosten und Unterkunft. Radioteams erhalten bei Bedarf vorab eine kostenfreie Internetradiofortbildung. Zum Abschluss werden journalistische Talente mit einem Preis gewürdigt: Eine Jury aus Profijournalisten wird dazu die Ergebnisse der Online-Redaktionen bewerten und die beste vierköpfige Nachwuchsredaktion 2017 mit iPads belohnen. Die feierliche Preisverleihung durch den Präsidenten des Landtages ist für Frühjahr 2018 geplant.

Anmelden kann man sich über ein Online-Formular auf [www.n-21.de](http://www.n-21.de). Hier findet man auch alle weiteren Informationen. Anmeldeschluss ist Freitag, der 13. Januar 2017.

## Schiesgeries: Unterstützung für Kultureinrichtungen in allen Regionen Niedersachsens – CDU-Fraktion schlägt Förderprogramm für kleine Museen vor

**Hannover.** Der CDU-Landtagsabgeordnete Horst Schiesgeries hat die rot-grüne Landesregierung aufgefordert, ein Förderprogramm für kleine Museen aufzulegen. „Wir schlagen ein Programm vor, mit dem kleine Museen dringend notwendige Investitionen auf den Weg bringen können. Der Schwerpunkt soll dabei auf der Umsetzung der barrierefreien Gestaltung liegen. Gerade kleinere Einrichtungen haben in diesem Bereich häufig Nachholbedarf“, sagte Schiesgeries im Anschluss an die Landtagsdebatte zu einem entsprechenden Entschließungsantrag der CDU-Landtagsfraktion.

Schiesgeries weiter: „Fehlende Barrierefreiheit ist für Museen ein ernst zu nehmender Wettbewerbsnachteil. Im Sinne der Umsetzung der UN-Menschenrechtskonvention und angesichts einer älter werdenden Bevölkerung muss das barrierefreie Erleben von Kultur stärker im Mittelpunkt stehen. Die Ausschuss-Anhörung zu unserem Antrag hat gezeigt, dass es vor Ort großen Bedarf gibt.“

Die CDU-Fraktion schlägt vor, in 2017 und 2018 jeweils 2,5 Millionen Euro für das Förderprogramm zu veranschlagen. „Es ist entlarvend, dass Rot-Grün unserem zukunftsweisenden Vorschlag nicht folgt. SPD und Grüne reden gern über kulturelle Teilhabe. Wenn es ans Handeln geht, werden die Menschen in Niedersachsen jedoch immer wieder enttäuscht. So auch in diesem Fall“, sagt Schiesgeries.

## TERMINE KAI SEEFRIED

- 19. Dezember 18 Uhr**  
Weihnachtskonzert der Stader  
Gymnasien in Stade
- 31. Dezember 7 Uhr**  
Glücksschweinaktion in Drochtersen
- 8. Januar 10.30 Uhr**  
Neujahrsempfang der Gemeinde  
Drochtersen in Drochtersen
- 9. Januar 18 Uhr**  
Jahresauftaktveranstaltung der CDU-  
Landtagsfraktion Niedersachsen in  
Hannover
- 12. bis 13. Januar**  
Vorstandsklausur der CDU-  
Landtagsfraktion in Garrel
- 14. Januar 12 Uhr**  
Neujahrsempfang der JU Neustadt  
am Rübenberge
- 16. Januar 10 Uhr**  
Besuch der Berufsbildenden Schulen  
in Nordhorn
- 18. Januar 11 Uhr**  
IHK-Neujahrsempfang in Stade
- 18. Januar 15 Uhr**  
Neujahrsempfang der Ärztekammer  
Niedersachsen in Stade

## TERMINE HELMUT DAMMANN-TAMKE

- 12. bis 13. Januar**  
Klausurtagung der CDU-  
Landtagsfraktion in Garrel
- 18. Januar 10 Uhr**  
IHK-Neujahrsempfang in Stade
- 20. Januar 19 Uhr**  
MIT-Neujahrsempfang in Stade
- 21. Januar 9.30 Uhr**  
Neujahrsempfang der Landfrauen  
Harsefeld in Harsefeld
- 24. Januar 19 Uhr**  
Jahresauftaktveranstaltung der CDU  
Kreisverband Stade in Stade

*Die hier dargestellten Termine sind nur eine kleine Auswahl der Termine der beiden Landtagsabgeordneten.*

www.cdu-stade.de



**CDU**

**Wir wünschen  
gesegnete Weihnachten  
und ein gutes und gesundes neues Jahr!**



Helmut Dammann-Tamke MdL

Kai Seefried MdL

## IMPRESSUM

**Herausgeber:**  
Kai Seefried MdL  
Helmut Dammann-Tamke MdL

**Anschrift:**  
Wahlkreisbüro Stade  
Am Hinterdeich 4  
21680 Stade

**Kontakt**  
E-Mail: [mail@kai-seefried.de](mailto:mail@kai-seefried.de)  
E-Mail: [wahlkreisbuero@dammann-tamke.de](mailto:wahlkreisbuero@dammann-tamke.de)  
Telefon: 04141/ 7976488 oder 7976489

Möchten Sie die „Landtagspost“ per Email beziehen oder uns weiterempfehlen? Wir sind gerne für Sie erreichbar!

Weitere Infos:  
[www.kai-seefried.de](http://www.kai-seefried.de) oder [www.dammann-tamke.de](http://www.dammann-tamke.de)